

Markus Grübel

Aktuelles aus dem Bundestag

Nr. 5 | 15. März 2019



1. Bilanz nach einem Jahr GroKo

Vor einem Jahr, am 14. März 2018, wurde der Koalitionsvertrag unterschrieben. Zeit, um Zwischenbilanz zu ziehen: Die GroKo ist besser als ihr Ruf! Im ersten Jahr wurden bereits etwa 40 Gesetze und Initiativen auf den Weg gebracht. Und wir haben mehr Geld für Sicherheit, Familien, Klima und Investitionen bereitgestellt.

Umfragen zufolge schätzen die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land die Gesundheits- und Pflegepolitik als das für sie wichtigste Politikfeld ein, noch vor der Asyl- und Flüchtlingspolitik. Durch eine umfassende Reform haben wir hier ein Maßnahmenpaket verabschiedet, um die Pflege und Gesundheitsversorgung zu verbessern. Mit dem Pflegepersonal-Stärkungsgesetz ist es uns gelungen, 13.000 neue Pflegepersonalstellen zu schaffen und die Ausbildung für Pflegeberufe attraktiver zu machen.

Wir fördern weiter den Kita-Ausbau. In den letzten zehn Jahren hat der Bund rund 11 Milliarden Euro in Kitas und deren Betrieb investiert und bis 2022 nehmen wir dafür weitere 5,5 Milliarden Euro in die Hand.

Mit dem Baukindergeld ermöglichen wir einkommensschwachen Familien, sich ihren Traum vom Wohneigentum zu erfüllen und dadurch eine Altersvorsorge zu schaffen. Im vergangenen Jahr wurden im Kreis Esslingen bereits 314 Förderanträge mit einem Volumen von sieben Millionen Euro bewilligt.

Am 01.01.2019 ist außerdem das Mietrechtsanpassungsgesetz in Kraft getreten. Dadurch werden Mieter entlastet und langjährige Mieter geschützt. So muss der Vermieter im Geltungsbereich der Mietpreisbremse dem Mieter nun über die vorherige Mietauskunft erteilen, wenn er sich auf eine Ausnahme von der Mietpreisbremse beruft und er 10 Prozent mehr als die ortsübliche Vergleichsmiete verlangen will. Bundesweit ist zudem die Modernisierungumlage in Form einer möglichen Mieterhöhung von elf auf acht Prozent pro Jahr gesenkt worden. Dadurch soll verhindert werden, dass beispielsweise Wohnungsunternehmen wie die Vonovia SE unter dem Deckmantel energetischer Sanierungen versuchen, mit langjährigen Mietern Kasse zu machen. Auch in Esslingen gab es solche Fälle, weshalb ich mich

nach wie vor entscheiden dafür einsetze, dass dies unterbunden wird. Die neuen gesetzlichen Regelungen sehe ich nicht als vermietetfeindlich an. Der ganz überwiegende Teil mittelständischer Vermieter lehnt ein derartiges Ausnutzen bestehender Regelungen ab und ist an einem fairen Miteinander von Vermietern und Mietern interessiert.

Was in diesem Jahr die wahrscheinlich größte politische Herausforderung wird, ist die Reform der Grundsteuer. Egal, welches Modell letztlich als Bewertungs- und Berechnungsgrundlage dient – wir müssen verhindern, dass das Wohnen in den Städten teurer wird und sich dadurch Menschen mit geringeren Einkommen das Wohnen in den Städten nicht mehr leisten können.

Es gibt weiterhin viel zu tun und es gilt in den kommenden Jahren noch einige Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag umzusetzen. Allen voran die Abschaffung des Soli. Das einzige was zählt, ist jeden Tag eine gute Politik für die Bürger in unserem Land zu machen. Darüber sind sich die Politiker aller Parteien einig. Ich finde dies ist der GroKo im ersten Jahr gelungen.

2. Reise in den Irak

Um mich mit politischen und religiösen Vertretern über das Zusammenleben der verschiedenen Konfessionen im Irak auszutauschen, reiste ich als Beauftragter der Bundesregierung für weltweite Religionsfreiheit, vom 1. bis zum 6. März 2019 in den Irak. Dabei habe ich mir erneut ein Bild von den Lebensbedingungen der Menschen in den vom sogenannten Islamischen Staat (IS) zerstörten Gebieten machen können. Es ist wichtig, die

Menschen dort auch jetzt, da der IS die Gebiete nicht mehr kontrolliert, weiterhin zu unterstützen und Humanitäre Hilfe zu leisten. Das Bundesentwicklungsministerium leistet unter anderem durch die Unterstützung beim Wiederaufbau der vom IS zerstörten Gebiete, die Förderung von Bildung, Beschäftigung und gesellschaftlicher Aussöhnung einen wichtigen Beitrag.

Bei meinen Gesprächen im Irak ging es auch um die notwendigen Grundlagen für die Rückkehr der zahlreichen irakischen Binnenvertriebenen in ihre Heimat. Die religiösen Würdenträger verschiedener Konfessionen und die Rückkehrer, mit denen ich sprach, nannten eine gute Sicherheitslage, Bildungs- und Beschäftigungsperspektiven sowie ihr Bedürfnis nach Gerechtigkeit, das heißt, der rechtlichen Aufarbeitung der Verbrechen des IS, als wichtige Grundlage für ein friedliches Zusammenleben der verschiedenen Bevölkerungsgruppen im Irak.



Spielen eine wichtige Rolle im Versöhnungsprozess: Christen, Jesiden und Sunniten sprachen mit Markus Grübel zum Thema Konfliktprävention. (Foto: MK)

Viele Gesprächspartner betonten zudem, dass religiöse Würdenträger im innerirakischen Versöhnungsprozess eine wichtige Rolle einnehmen sollten. Das Vertrauen zwischen Christen, Jesiden, Sunniten, Schiiten und weiterer Religionsgruppen wurde durch die Verbrechen des IS nachhaltig beschädigt. Hier können religiöse Würdenträger den Vertrauensaufbau stärken. Schon heute gibt es Orte, in denen Vertreter der verschiedenen Konfessionen friedlich zusammenleben und an denen Christen, Jesiden und Muslime gemeinsam an der Konfliktbewältigung arbeiten. Hier leistet die deutsche Entwicklungszusammenarbeit im Rahmen von Projekten bereits eine wichtige Unterstützung.

3. Expertengespräch zu 5G-Ausbau

Als digitales Nervensystem der Bundesrepublik geht es bei der Vergabe des neuen Mobilfunkstandards 5G auch um Fragen der nationalen Sicherheit. Dazu fand diese Woche ein öffentliches Expertengespräch des Auswärtigen Ausschusses statt. Hierbei wurden außen- und sicherheitspolitische Aspekte der Einführung des Mobilfunkstandards 5G und die Zuverlässigkeit der Unternehmen und Staaten in Sachen Cybersicherheit diskutiert.

Als Experten waren Vertreter des Bundesministeriums der Verteidigung, des Institute Montaigne, der Universität der Bundeswehr München, der Stiftung Neue Verantwortung, Merics, des Bundesverbands der Deutschen Industrie, des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik und der Deutschen Telekom mit dabei. Das Fachgespräch

können Sie sich auch nachträglich [hier](#) in der Mediathek des Bundestags ansehen.



Unions-Abgeordnete Michaela Noll, Stefan Sauer, Markus Grübel, Roderich Kiesewetter und Jürgen Hardt beim Gespräch. (Foto: MN)

4. Terminservice und Versorgungsgesetz (TSVG) beschlossen

Diese Woche haben wir mit dem TSVG ein Gesetz für schnellere Termine und bessere Versorgung für gesetzlich Versicherte beschlossen. Erreicht werden soll das mit kürzeren Wartezeiten, einer besseren Unterstützung bei der Suche nach einem Arzttermin durch den Ausbau der Terminservicestellen (24-Stunden-Erreichbarkeit, auch online) und mit einem besseren Sprechstundenangebot bei Ärzten in eigener Praxis. Im Detail sieht der Gesetzentwurf vor, das Mindestsprechstundenangebot der Vertragsärzte für die Versorgung von gesetzlich versicherten Patienten von 20 auf 25 Stunden zu erhöhen. Gleichzeitig sollen Fachärzte künftig auch offene Sprechstunden anbieten. Parallel dazu werden die Ärzte für erbrachte Mehrleistungen auch

zusätzlich vergütet. Mit dem Gesetz ist außerdem vorgesehen, den ländlichen Raum zu stärken. So sollen Ärzte, die in wirtschaftlich schwachen und vertragsärztlich unterversorgten ländlichen Räumen praktizieren, über regionale Zuschläge besonders unterstützt werden und eventuell existierende Zulassungssperren durch die Länder aufgehoben werden können.

5. Treffen mit der Integrationsbeauftragten

Mit der Integrationsbeauftragten Annette Widmann-Mauz habe ich mich diese Woche zur Religionsfreiheit in Deutschland sowie zur Integration ausgetauscht. Dabei haben wir unter anderem die Herausforderung, die islamischer Religionsunterricht in Baden-Württemberg darstellen würde, erörtert. Es ging auch um die Ausbildung islamischer Theologen in Deutschland und die Frage, ob ausländische Seelsorger Deutsch lernen müssen. Dazu habe ich diese Woche auch ein Interview gegeben, welches Sie [hier](#) nachlesen können.



Integrationsbeauftragte Annette Widmann-Mauz und Markus Grübel (Foto: MIK)

6. Treffen mit Delegation aus der Zentralafrikanischen Republik

Mit Kardinal Dieudonné Nzapalainga, dem Erzbischof von Bangui und Pastor Philippe Sing-Na, von der Gemeinschaft der apostolischen Kirchen Zentralafrikas habe ich mich diese Woche zur Lage in der Zentralafrikanischen Republik ausgetauscht. Wir sollten alles tun, damit dieser Konflikt durch die Instrumentalisierung von Christen und Muslimen nicht zu einem religiösen Konflikt wird. Als Beauftragter der Bundesregierung für weltweite Religionsfreiheit werde ich die Entwicklung der Zentralafrikanischen Republik weiterhin genau im Blick haben und die interreligiöse Kooperation vor Ort unterstützen.



Kardinal Dieudonné Nzapalainga, Markus Grübel und Pastor Philippe Sing-Na. (Foto: MG)

7. KfW fördert Bürger im Kreis Esslingen

Die Menschen im Kreis Esslingen profitieren von den Förderungen der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW). Die KfW fördert Bürger, Kommunen und Unternehmen bei der Finanzierung von Investitionen und Projekten.

Mit dem Bereich Wohnen & Leben unterstützt die Förderbank die Bürger in unterschiedlichen Situationen. Familien erhalten einen Zuschuss zum Baukindergeld, um ihren Traum vom

Wohneigentum zu verwirklichen. 2018 wurden im Kreis Esslingen 314 Geförderte für einen Baukindergeldzuschuss von insgesamt 7 Mio. Euro verzeichnet. Für die ältere Generation gibt es finanzielle Hilfe für den altersgerechten Umbau der Wohnung. Im letzten Jahr wurden in diesem Kontext 27 Kredite (insgesamt 1,7 Mio. Euro) sowie 1.081 Zuschüsse (insgesamt 1,2 Mio. Euro) für Bürger im Kreis Esslingen zugesagt.

Weiteres Augenmerk der KfW liegt auf der Förderung der Energiewende. Die Bürger erhalten zum einen finanzielle Unterstützung für energieeffizientes Bauen. 2018 wurden 158 entsprechende Projekte im Kreis Esslingen im Umfang von 32 Mio. Euro unterstützt. Zum anderen wird auch die energieeffiziente Sanierung bestehender Bauten gefördert. Finanzielle Zusagen zu entsprechenden Maßnahmen in Esslingen wurden im letzten Jahr an ca. 1.430 Geförderte mit einem finanziellen Volumen von 34,9 Mio. Euro vergeben.

Diese Förderangebote der KfW stellen für die Menschen eine wichtige Hilfe dar, damit sie ihre Wünsche verwirklichen können.

Insgesamt umfassten 2018 die zugesagten Finanzierungen bei der inländischen Förderung 46 Milliarden Euro.

Einen Überblick über die Fördermöglichkeiten der KfW gibt es auf [hier](#).

8. Gute Neuigkeiten für Neckarschleusen

Im kommenden Jahr soll mit dem Ausbau der 27 Neckarschleusen für 135-Meter-Schiffe von Mannheim bis Plochingen begonnen werden. Der Neckar ist eine Bundeswasserstraße, die zwischen Plochingen und Mannheim gut 200 Kilometer lang ist. Auf dem Neckar werden derzeit vor allem Salz und Baustoffe transportiert, im Jahr 2018 rund 4,6 Millionen Tonnen Material. Ziel ist es, in den vom Verkehr belasteten Regionen in Baden-Württemberg mehr Güterverkehr von der Straße auf die Wasserstraße zu verlagern. Das Projekt ist deshalb vom Bundesverkehrsministerium in den "Vordringlichen Bedarf" des Bundesverkehrswegeplans aufgenommen worden. Nicht nur für den Plochinger Hafen sind das gute Neuigkeiten. Die Attraktivität der Bundeswasserstraße Neckar kann auf lange Sicht nur gewährleistet werden, wenn alle Schleusen von Mannheim bis Plochingen verlängert und auf 135-Meter-Schiffe ausgelegt werden. Gerade unsere verkehrsintensive Region ist auf eine gute und zukunftsorientierte Verkehrsinfrastruktur angewiesen. Mehr Güter auf den Neckar zu verlagern bedeutet weniger LKW-Verkehr. Besonders in unserer staugeplagten Region wiegt dies schwer. Abgesehen davon, ist der Wasserweg ein sehr umweltfreundlicher Transportweg. Der Einsatz für die Verlängerungen der letzten Jahre hat sich gelohnt! Das Milliardenprojekt wird vom Bund finanziert und voraussichtlich erst 2050 komplett abgeschlossen sein.

Impressum

Markus Grübel MdB | Abgeordnetenbüro Berlin
Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
Telefon: 030-227 719 73 | Telefax: 030-227 769 64
E-Mail: markus.gruebel@bundestag.de

Für diesen Newsletter gelten [Datenschutzbestimmungen](#).

Sie möchten diesen Newsletter nicht mehr erhalten? Dann schreiben Sie bitte eine E-Mail an markus.gruebel@bundestag.de!